



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Dr. Christoph Rabenstein, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/15190, 17/15583

Lagebericht sogenannte Reichsbürger oder sogenannte Reichsbürgerbewegung in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in dem Lagebild über sogenannte Reichsbürger bzw. zur sogenannten Reichsbürgerbewegung in Bayern, das vom Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport demnächst gegeben wird (vgl. die Landtagsbeschlüsse, jeweils vom 26. Oktober 2016, Drs. 17/13858 und 17/13859), auch über die Ermittlungen, Sammlungen und Auswertungen von Erkenntnissen bayerischer Sicherheitsbehörden über die Zugehörigkeit oder Verbindung von Personen, die sich selbst als sogenannte Reichsbürger bezeichnen oder diesen zuzurechnen sind oder der sogenannten Reichsbürgerbewegung oder deren Ideologie oder Ideen nahe stehen, zu rechtsradikalen oder rechtsextremistischen, antisemitistischen, rassistischen, fremdenfeindlichen oder menschenverachtenden oder verfassungsfeindlichen Personen, Gruppierungen, Organisationen, Vereinigungen oder Netzwerken ausführlich – gegebenenfalls in nichtöffentlicher oder geheimer Sitzung – zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin